

Der Vorstand wird beauftragt, die entsprechenden Vorschläge auszu-
arbeiten und Maßnahmen zur ihrer Verwirklichung einzuleiten.

4. Ein bedeutender Beitrag im Kampf für europäische Sicherheit und die Herstellung völkerrechtlicher Beziehungen der nordeuropäischen Staaten zur DDR sind die Parlamentarierkonferenzen während der Ostseewochen. Diese Konferenzen — die einzigen ständigen Treffen von Parlamentariern der Staaten des Warschauer Vertrages, der NATO und neutraler Staaten in Europa — sind weiterhin als eine wichtige Aufgabe der IPG und aller ihrer Mitglieder zu betrachten. Dabei sind unsere Anstrengungen zu richten auf

- eine gute Vorbereitung durch die Ausarbeitung der Aufgabenstellungen und ihre Verwirklichung sowie auf die Durchführung vorbereitender Tagungen des Initiativkomitees
- die Entsendung offizieller und repräsentativer Delegationen von seiten der Parlamente der teilnehmenden Länder
- die Annahme von Dokumenten, die dem Frieden und der Entspannung, der europäischen Sicherheit, der Stärkung der Positionen der sozialistischen Staatengemeinschaft, der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR dienen.

Der Vorstand wird beauftragt, die Vorbereitung und Durchführung der Parlamentarierkonferenzen durch entsprechende Maßnahmen zu sichern und diese mit den anderen an den Ostseewochen beteiligten Organen und Institutionen abzustimmen.

5. Der Kampf um die Mitgliedschaft der IPG der DDR in der IPU ist mit der Zielsetzung weiterzuführen, daß dem legitimen Recht der DDR entsprochen und die IPG der DDR als gleichberechtigtes Mitglied in die IPU aufgenommen wird.

Die Verwirklichung dieser außenpolitischen Zielsetzung macht es erforderlich,

- ein Programm für die Aufnahme der IPG der DDR in die IPU auszuarbeiten und mit den parlamentarischen Gruppen der sozialistischen Staatengemeinschaft abzustimmen
- Vorschläge für eine aktive und konstruktive Mitarbeit der IPG der DDR in der IPU und gegenüber dem Interparlamentarischen Büro auszuarbeiten
- konzeptionelle Vorstellungen für unsere Stellung und weitere Zusammenarbeit mit der IPU auszuarbeiten und diese mit den Leitungen der parlamentarischen Gruppen der sozialistischen Staatengemeinschaft abzustimmen.

Der Vorstand wird verpflichtet, konkrete Pläne und Vorschläge auszuarbeiten und über deren Erfüllung auf Komiteesitzungen der IPG regelmäßig zu berichten.